

Amerika gegen jede Einwanderung?

Ein schwerer Schlag für die Weltseefahrt

Wenn in Amerika die vom Senator Reed vorgeschlagene Bill, nach der die Einwanderung für zwei Jahre gesperrt werden soll, angenommen wird, so ist damit der schwerste Schlag gegen die überseeische Auswanderung geführt, den es jemals gegeben hat. Die Folgen einer solchen Maßnahme vermag man kaum zu ahnen. Sie bedeutet neben einer unerträglichen Belastung für alle die Länder, deren Bevölkerungszuwachs von ihnen selbst nicht getragen werden kann, eine Gefahr für die internationale Schifffahrt, zu deren wichtigsten Einnahmequellen die Auswanderpassage gehört. Zwar ist die Auswanderung unserer Zeit nicht mehr der vor 50 und 60 Jahren zu vergleichen. Im Jahre 1870 beispielsweise verließen 162 000 Deutsche das Vaterland, um sich in Übersee eine neue Heimat zu suchen. Demgegenüber erscheinen die Ziffern des letzten Jahres sehr gering; vertiegen doch im ersten Halbjahr 1930 kaum mehr als 20 000 Deutsche die Heimat mit überseeischem Reiseziel, d. h. 10 000 weniger als noch ein halbes Jahr vorher, aber ein noch viel gewaltigerer Unterschied gegen frühere Zeiten. Trotz dieser Verminderung der Auswandererzahlen bedeutet die Auswanderung noch immer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Schifffahrt. Wenn im nächsten Jahre Hunderttausende die Möglichkeit genommen wird, sich in der neuen Welt eine Heimat zu suchen, so würde automatisch damit eine ungeheure Ueberbesetzung der internationalen Schifffahrt eintreten, da die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten für Passagiere nicht mehr ausgenutzt werden können. Wenn man an den räumlichen Konkurrenzkampf der verschiedenen Schifffahrtsgesellschaften der einzelnen Länder gegeneinander denkt, an die Ueberfülle überfüllter Frachtraum, der nicht ausgenutzt werden kann, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, welcher schwerer Schlag das Verbot der Auswanderung nach Amerika für die Weltseefahrt bedeuten würde.

Seit die Zeiten des Wirtschaftsaufschwunges in Amerika vorüber sind, hat die Arbeitslosigkeit in U.S.A. erschreckende Ausmaße angenommen. Sie kann zahlenmäßig nicht genau erfasst werden, weil es in den Vereinigten Staaten keine Sozialversicherung nach deutschem Muster gibt. Aber genaue Kenner der amerikanischen Wirtschaft und des Landes schätzen die Zahl der Arbeitslosen auf mindestens 4 bis zu 7 Millionen. Eine Auswirkung der schweren Wirtschaftslage, die sich gerade in der Arbeitslosigkeit der großen Masse zeigt, ist in der verstärkten Rückwanderung ehemaliger Auswanderer zu finden, die ein noch nie erlebtes Ausmaß annehmen. Das Ziel des vom Senator Reed vorgeschlagenen Gesetzes ist es ja, gegen die Arbeitslosigkeit wirksame Maßnahmen zu ergreifen und durch Sperrung der Einwanderung dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosigkeit nicht noch größeren Umfang durch Zuzug annimmt. Unterstützt wird es in erster Linie durch die amerikanischen Gewerkschaften, denen sogar eine Frist von zwei Jahren noch zu gering erscheint. Man rechnet mit einer Annahme der Gesetzesvorläge mit großer Wahrscheinlichkeit, da sich für sie sowohl im Kongress wie im Repräsentantenhaus leicht eine Mehrheit finden wird. In früheren Zeiten würde schon allein die Ankündigung einer solchen Maßnahme dazu genügt haben, den Auswandererstrom erheblich anschwellen zu lassen. Dazu kann es jedoch nicht kommen, da durch das Kontingentgesetz für jedes Land nur eine beschränkte Quote vorgegeben ist.

Der Antrag auf ein Einwanderungsverbot für die Vereinigten Staaten

Washington, 24. Nov. Die Ankündigung des Senators Reed, daß er in der am Montag beginnenden Tagung des Kongresses beantragen werde, jegliche Einwanderung in die Vereinigten Staaten mit Wirkung vom 1. Juli 1931 ab für zwei Jahre zu verbieten, wird von der republikanischen und von der Arbeiterpresse durchweg begrüßt. Auch Senator Davis von Pennsylvania, bisher Arbeitsminister, erklärte, den Antrag zur Verbindung eines weiteren Anschwellsens der Arbeitslosigkeit kräftig unterstützen zu wollen. Zur Zeit läßt sich noch nicht voraussagen, ob die beiden Häuser des Kongresses dem Antrag zustimmen werden.

Gefahrenmomente für das Sowjetregime

Der Prozeß gegen die Industrie-Partei beginnt — Der neue Vernichtungszug gegen die Intellektuellen — Die Entscheidung kommt von innen

Von unserem Rußland-Mitarbeiter

Die Warnmeldungen über Rußland gehen zumindest den Ereignissen voraus. Stalin ist immer noch am Leben und immer noch Generalsekretär der regierenden Partei; die Rote Armee, zwar nervös und durch zahlreiche Retirements in ihrer Leitung beunruhigt, veranfaßt immer noch keinen Putsch und die Bevölkerung, vom gestrengen Auge der G.P.U. bewacht, wagt nicht, laut über ihr schweres Leben zu klagen. Vieles, was in den letzten Tagen über Rußland — meistens aus englischen Quellen — berichtet wurde, hat sich als unwahr herausgestellt. Indessen ist die russische Wirklichkeit so traurig, ja grauenerregend, daß jegliche Uebertriebungen des Tatsächlichen völlig überflüssig erscheinen. Die russischen Ereignisse, wie sie sind, sprechen schon allein für sich.

Schon seit langem wurde auf den 25. November der Beginn der Sondertagung des Obersten Sowjetgerichts festgesetzt. Auf die Anklagebank kommt die sogenannte „Industrie-Partei“, eine Organisation der Professoren und Ingenieure, die sich angeblich als Ziel gesetzt haben, die Sowjetindustrie zu schädigen und die Intervention fremder Staaten von sich aus zu unterstützen. Im Zeichen dieses Prozesses lebt nun Sowjetrußland schon seit Wochen. Als Ankläger tritt auf der Oberstaatsanwalt Krylenko, die Angeklagten sind sechs Fachleute, die leitende Posten im Sowjetstaat einnehmen, an ihrer Spitze Kamšin, Professor der Technischen Hochschule in Moskau und Direktor des Wärme-technischen Instituts Sowjetrußlands. Es sind Männer, die ein schriftliches „Geständnis“ abgelegt und hiermit ihr Todesurteil unterschrieben haben. Viele ihrer Kollegen, darunter Männer von Weltgeltung, sitzen im Gefängnis und werden von den G.P.U.-Agenten „bearbeitet“. Vorläufig sind sie für die Hinrichtung noch nicht reif; sie geben nicht nach. Inzwischen müssen die Intellektuellen, die in Freiheit gelassen worden sind, Huldigungsadressen an die G.P.U. richten und das Höchstmaß der Befragung für ihre angeklagten Kameraden fordern. Wer sich weigert, seine Unterschrift unter eine solch blutdürstige Erklärung zu setzen, wird seines Amtes enthoben und verhaftet. Da helfen keine Ausreden. Selbst diejenigen, die sich krank gemeldet haben, erhalten kurzbeschnittene Aufforderungen, sich schriftlich zu den „verbrecherischen“ Handlungen ihrer Kollegen zu äußern.

Auch Dichter, bildende Künstler und Schauspieler müssen „Farbe bekennen“, auch sie müssen Beschlüsse im Stille der bolschewistischen Agitationsliteratur fassen und mit persönlicher Unterschrift versehen. Auch auf ihnen lastet ein Druck, der stärker ist als im zaristischen Rußland. Damals konnte jeder seine Meinung für sich behalten — heute wird er zur Stellungnahme gezwungen. Das Ziel der Sowjetregierung ist dabei höchst einfach: sie erstrebt die moralische Vernichtung aller geistig Arbeitenden, die noch nicht physisch vernichtet worden sind.

Von dieser Seite, von den Intellektuellen aus, braucht das Sowjetregime keine offene Aufsehnung zu befürchten. Die einzige Quelle der Gefahr bildet nur die bolschewistische Partei selbst. Sollte in ihren Reihen die Stimmung gegen Stalin die Oberhand gewinnen, und sollten einflussreiche Bolschewisten bei den Arbeitern und Soldaten der Roten Armee Unterstützung finden, dann könnte ein Wechsel in der höchsten Führung vor sich gehen. Es würde eine Art Palast-Revolution im bolschewistischen Lager sein. Ob heute, in der Zeit, wo die Schwierigkeiten des Fünfjahres-Planes ihren Höhepunkt erreicht haben, in den Parteikreisen ernstlich auf den Sturz Stalins hingearbeitet wird, mag zweifelhaft erscheinen. Die Erschütterung, die mit einer solchen Wandlung verbunden wäre, dürfte zu groß sein — wer würde die Verantwortung dafür zu übernehmen wagen, eher wäre ein geschlossenes Vorgehen möglich mit dem Ziel, Stalin zur Aenderung der Terrorpolitik zu bewegen. Ob ein solcher Schritt Erfolg versprechend wäre, läßt sich schwer übersehen.

Völlig unwahrscheinlich muß unter den heutigen Umständen eine große gegenrevolutionäre Aktion in Form eines Aufstandes sein. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Empörung gegen das Sowjetregime heute größer denn je ist und daß sie hier und da trotz der G.P.U. und des offiziellen Terrors, durchbricht. Doch fehlt es dieser Empörung an Möglichkeit, sich in umfassenden, sorgfältig organisierten Formen auszuwirken. Jeder lokale Aufstand ist aber zur Niederwerfung verurteilt. Mit ähnlichen Unternehmungen dürften die Sowjets spielend fertig werden. A. B.

Die Moskauer Angeklagten bekennen sich schuldig

Moskau, 25. November. Nach der Verlesung der Anklageurkunde im Prozeß wegen der Organisation von Schädlingaktionen antwortete jeder der Angeklagten, Kamšin, Kalinnikoff, Laritschew, Tscharnowski, Kuprianoff, Fedostoff, Dschin und Sitnin auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, ob sie sich der ihnen zur Last gelegten Verbrechen schuldig bekennen: „Ja, ich bekenne mich schuldig“. Auch die Frage, ob sie auszusagen wollen, wurde von den Angeklagten bejaht.

Aus Pfennigen und Groschen sind in 7 Jahren 10 Milliarden geworden

Täglich besuchen in Deutschland zehntausende ihre Sparkasse. Neueste Betriebsrichtungen und Arbeitsmethoden ermöglichen es, jeden Kunden rasch zu bedienen. Wer sich aber gelegentlich die Zeit nimmt, dem Bedienten am Schalter zuzusehen, kann manche interessante Beobachtung machen, die ihm sonst entgeht. Was sind das eigentlich für Leute, die den Weg zur Sparkasse gehen? Das interessiert als erstes. Da kommt eine Hausfrau, dann ein Lehrling, ihm folgt ein Bauernmann aus der Umgebung, weiter ein Beamter, ein Fabrikarbeiter, ein Schulfeld, ein Handwerksmeister. Immer neue Sparten treten ein. Man sieht ihnen an, daß sie alle nicht zu den begüterten Schichten zählen. Sie gehören der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungstufen an, der Arbeitnehmerschaft im weitesten Sinne, dem Mittelstand aus Handwerk, Handel und Kleingewerbe. Sie wollen sich für den oder jenen Zweck eine Rücklage, einen Notgroschen, schaffen. Dazu hilft ihnen die Sparkasse.

Natürlich sind die Beträge nicht groß, die von ihnen gebracht werden. Daraus sieht die Sparkasse aber nicht im geringsten. Auch die kleinsten Ersparnisse können bei der Sparkasse eingezahlt werden. Von 1 Mark an nimmt sie Einlagen entgegen, kleinere Beträge sammelt sie durch Ausgabe von Heimsparbüchern oder auf andere Weise. Die Sparker kennen diese Einstellung ihrer Sparkasse. Sie fühlen sich daher nicht etwa bedrückt, wenn sie nur wenige Spargroschen bringen, neben ihnen steht niemand, der Geldscheinpakete auf das Zahlbrett legt und bevorzugt abgefertigt wird. Aus kleinen und kleinsten Beträgen sind so seit 1924 bis jetzt 10 Milliarden Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen zusammengelassen. Das ist eine Leistung, die den jähen Sparwillen der mittleren und sonstigen schwächeren Bevölkerungsschichten beweist, die aber auch von der Arbeit der Sparkassen spricht.

Für jedermann dürfte es nämlich einleuchtend sein, daß es mehr Arbeit kostet und mithin mehr Aufkosten verursacht, eine Summe in unzähligen kleinen Einzahlungen hereinzunehmen, als in wenigen großen Posten. Die Sparkassen haben also durch ihre Kleinarbeit erhebliche Aufkosten, insbesondere erheblich mehr Aufkosten als solche Geld- und Kreditinstitute, die sich hauptsächlich auf größere Geschäfte, die ertragreicher sind, beschränken. Allerdings bemühen sich auch diese Institute in letzter Zeit um kleinere Spareinlagen. Im Verhältnis zu ihrem Gesamtgeschäft sind aber dort die in kleinen Beträgen hereingenommenen Spareinlagen geringfügig. Auch leisten diese Institute die Einlagen in großen Beträgen wieder aus. Diese Möglichkeit haben die Sparkassen nur in geringem Umfang. Bei ihren Ausleihungen beschränken sie sich, abgesehen von Darlehen an Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, nämlich auf die Kreise, aus denen die Einlagen stammen. Die Ausleihungen bei den Sparkassen erfolgen daher in verhältnismäßig kleinen Posten. Dadurch entstehen den Sparkassen wieder besondere Arbeiten und Aufkosten, die ein Kreditinstitut, das vorzugsweise den lukrativen Großkredit pflegt, nicht aufwenden braucht.

Dieser mit großen Aufkosten verbundenen Kleinarbeit können sich die Sparkassen nur unterziehen, weil sie gemeinnützig arbeiten. Sie wollen nicht verdienen, sondern dienen. Daher werden die durch die Kleinarbeit entstehenden Aufkosten nicht etwa auf die Kreditnehmer durch Verteuerung der Kredite oder auf die Sparter durch geringere Verzinsung der Einlagen abgewälzt. Es ist ja bekannt, daß die Sparkassen sich vielmehr bemühen, die Kreditkosten möglichst niedrig zu halten und auf der anderen Seite doch durch zeitgemäße Zinsen genügenden Sparanteil zu geben.

Man kann als wahrscheinlich ansprechen, daß der größte Teil der angesammelten 10 Milliarden Spargelder nicht gesparrt und somit dem Kapitalmarkt verloren gegangen wäre, wenn nicht die Sparkassen Gelegenheit zur Einzahlung kleiner Beträge gäben. Das wäre für die Wirtschaft ein unermesslicher Schaden. Die für die Sparkassen selbst kaum einen Ertrag abwerfende Arbeit ist also für die Volkswirtschaft von größter Bedeutung. Welche Kreise der Bevölkerung verdanken dem uneigennütigen Wirken und der emsigen Kleinarbeit der Sparkassen die Aufrechterhaltung ihrer Existenz oder einen finanziellen Rückhalt, um sich im wechselvollen Kampf ums Dasein zu behaupten.

Die Bauernvereine zur landwirtschaftlichen Einheitssteuer

L. C. Der Vorstand der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine nahm zu den von der Reichsregierung vorgelegten Entwürfen zur Finanzreform eine Entschiedenheit an, in der es u. a. heißt:

Mit Entschiedenheit muß die Landwirtschaft eine Entlastung von der drückenden Realsteuerbelastung verlangen; es darf keinesfalls bei der Landwirtschaft eine geringere Entlastung eintreten als beim Gewerbe.

Bei der großen Bedeutung, die die Realsteuer einschließlich der Gemeindezuschläge für die Besteuerung der Landwirtschaft haben, legen die Bauernvereine besonderen Wert auf eine der Landwirtschaft angemessene Regelung des Finanzausgleichs und die Durchführung einer klaren Aufgabenteilung und gerechte Lastenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Auf diese Weise muß eine fühlbare finanzielle Entlastung der ländlichen Gemeinden vor allem auf dem Gebiete des Schul-, Wege-, Polizei- und Fürsorgewesens durch richtige Gestaltung des innerstaatlichen Finanzausgleichs erreicht werden. Unter allen Umständen ist dem Grundgesetz Rechnung zu tragen, daß den Ländern und Gemeinden neue Aufgaben nur dann übertragen werden dürfen, wenn ihnen gleichzeitig die hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ebenso müssen sie von Aufgaben befreit werden, wenn ihnen die Mittel zur Durchführung dieser Aufgaben entzogen werden.

Was den Einbau der landwirtschaftlichen Einkommensteuer in das Grundsteuerrahmengesetz anlangt, so begegnet diese Einheitssteuer in der Form des vorliegenden Gesetzentwurfs wegen ihrer Gesamtauswirkung aus steuerrechtlichen und steuerpolitischen Gründen unüberwindbaren Bedenken. Die Einbeziehung eines Teils der landwirtschaftlichen Einkommensteuer in die Grundsteuer führt zum Teil zwangsläufig zu schematisch erhöhter Steuerbelastung unter Vernachlässigung der die Leistungsfähigkeit bestimmenden Verhältnisse. Gerade die Landwirtschaft in ihrer jetzigen Notlage, mit ihrem Schuldenstand und Zinsendienst und ihrer Gefährdung durch Naturereignisse bedarf, insbesondere auch mit Rücksicht auf den Familienstand, einer individuellen Steuerveranlagung, um so große steuerliche Ungerechtigkeiten und unerträgliche Härten zu vermeiden.

Dagegen ist die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine der Ueberzeugung, daß auch im Rahmen des geltenden Steuerrechts sich große Möglichkeiten wirksamer Vereinfachungen mit dem Erfolge der Entlastung der Finanzbehörden und der Steuerpflichtigen von zweckloser Veranlagungsarbeit bieten. Die Vereinigung ist bereit, in Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzministerium jeden

Weg zu beschreiten, der auf diese Weise eine Entlastung herbeiführt.

Die jetzige Höhe der Einheitswerte, auf die die Grundsteuer sich aufbauen soll, entspricht nicht den aus der Landwirtschaft herauszuwirtschaftenden Erträgen; die Hoffnung auf eine günstige Entwicklung der Preis- und allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse für die Landwirtschaft, von der man bei der Bewertung des Reichsgrundbesitzes ausgegangen ist, hat sich nicht erfüllt.

Von einer übermäßigen Ausdehnung der Geltungsdauer der Einheitswerte für das landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Vermögen und für das Grundvermögen ist abzusehen. Die Offenlegung der Einheitswerte darf die Zustellung von Einheitswertbescheiden an die Steuerpflichtigen nicht ergeben.

Der Untergang der „Luise Leonhardt“

Hamburg, 25. Nov. Ueber den Untergang des Hamburger Dampfers „Luise Leonhardt“, der dem furchtbaren Orkan der Sonntagnacht in der Elbmündung auf Groh-Bonshaus zum Opfer gefallen ist, erzählt das Hamburger Fremdenblatt in einer Unterredung mit einem Mitglied der Rettungsbesatzung, die dem Schiff auf seine SOS-Rufe zu Hilfe eilte, noch folgende Einzelheiten: Als der Vergangsdampfer „Hermes“ der Bugier-Reederei und Bergungs-W.G. Hamburg am Sonntagabend kurz nach 8 Uhr die drablonen Hüllrulle des in höchster Seesnot befindlichen Dampfers „Luise Leonhardt“ hörte, lief das Schiff sofort aus. Die Schiffsführung des Hamburger Dampfers, der durch den Bruch des Ruderschiebers ein Spiel der Wellen wurde und gegen die Untiefe trieb, telegraphierte bald nach dem Lotwerfen des Vergangsdampfers, daß die Seen die gesamten Decksbauten einschließlich der Rettungsboote weggerissen haben und daß sich die Schiffbesatzung in äußerster Lebensgefahr befinde. Die Rettungsboote wurden immer dringender. Die schweren Seeswellen schlugen in regelmäßigen Intervallen gegen das festhängende Schiff und zertrümmerten die Luken. Besonders schwere Brecher rissen das tiefe Ladendeck in die Höhe, das einige Sekunden später wieder aufschlug. Der Taucher gab ununterbrochen Auskunft über die immer verzweifelter werdende Lage des Schiffes. Als Wasser in die Räume drang und die Brücke schon fast weggeschlagen war, rief eine gewaltige See das Schiff los und warf es auf die Untiefe. Die Besatzung rettete sich dann in die Boote. Inzwischen war der Vergangsdampfer so dicht herangelommen, daß die Kladderfeuer des untergehenden Schiffes geachtet wurden. Die See war derart aufgewühlt, daß ein Längsbootfahren an den Dampfer in der Nacht unmöglich war. Die gefährliche Stelle der ganzen Nordsee, die Untiefe des Vosslands, wird bei stürmischem Wetter dadurch so gefährlich, daß die Grundseen an dieser Stelle mit einem furchtbaren Wucht aufstrecken, und alles zertrümmern, was ihre here angetrieben wird. Schiffe, die im Sturm hier auflaufen, sind in den meisten Fällen verloren. Der Vergangsdampfer konnte bis auf eine Seemeile an das untergehende Schiff herankommen und wollte dann, da augenblicklich Hilfe unmöglich, das Tageslicht abwarten. Die See und der Sturm waren derart rasend, daß diese Nähe an der Untiefe schon eine drohende Gefahr für das Schiff und die Besatzung bedeutete. Die Kladderfeuer und SOS-Rufe der „Luise Leonhardt“ hörten bald nach 11 Uhr auf. Die Masten, auf denen die Rettungsboote vor dem gewaltigen Brecher lagen, wurden durch eine einseitige See über Bord geschlagen. Von diesem Augenblick an war das Schicksal von Schiff und Menschen entschieden. Die Rettungsboote blieben die schweren Masten längs des Dampfers und schlugen mit der See das Schiff von Kuhendord led und zertrümmerten die Schiffbrüchigen, die sich an die Masten und das Tauwerk anklammerten. Drei Stunden hat der furchtbare Orkan mit der See gedauert. Kurz nach 11 Uhr war kein Licht und kein Lebenszeichen von den Leuten mehr zu beobachten. Als am Montag morgen der Schlepper „Heros“ mit der Rettungsbootsflotte „Vetus“ an die Unfallstelle eilte, war von dem Hamburger Dampfer nur noch ein kleiner Teil des Vorsteckes zu sehen. Der Maststumpf und die furchtbare See hatten in den wenigen Stunden das Schiff und die Besatzung in die Tiefe gerissen.

Was not tut!

Ein furchtbarer Winter steht uns bevor. Die wirtschaftliche Not erfährt immer weitere Kreise. Es ist nicht nötig, auf die steigende Zahl der Arbeitslosen hinzuweisen. Wichtig ist aber, die heute noch davon verschont sind, immer und immer wieder auf die große Notlage der davon Betroffenen hinzuweisen, auf die Stimmen der Verzweiflung von ihrer Seite und auf die große Gefahr, die daraus für alle entsteht. Wichtig ist es, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wo und wie es kann; jeder muß sich verpflichtet fühlen mitzubehelfen, daß Arbeits- und Verdienstmöglichkeit geschaffen wird. Und jedem ist dazu in seinem Teil die Möglichkeit gegeben, und es ist seine Pflicht, sie auszunützen. Die Möglichkeit und Pflicht besteht darin, daß er das Geld, das er hat oder bekommt, so schnell als möglich wieder ausgibt und unter die Leute bringt. Auf welche Art man es ausgibt, ist dabei ganz gleichgültig, wenn das Geld nur im Inlande bleibt und weitergegeben wird. Man mag das Geld für seinen Tagesbedarf ausgeben, man mag sich eine große Anschaffung machen oder das Geld auf eine Sparkasse o. ä. bringen, wo ja das Geld weiterverleihen wird, so daß es irgendwo Arbeit schafft und bezahlt. Zwei Bedingungen müssen, wie gesagt, erfüllt sein, damit die Ausgabe der Bezahlung unserer Wirtschaft und der Wirtschaftlichkeit der Arbeitslosigkeit dient: die Stelle, die das Geld erhält, muß eine solche sein, die das Geld rasch weiter gibt, und sie muß es im Inlande weiter geben; unsere Ausgabe darf also nicht für Auslandswaren gemacht werden. Aber selbst wenn sie für solche gemacht wird, so ist es immer noch viel besser, als wenn das Geld unidrig liegen bleibt; auch an solchen Waren verdient ja ein deutscher Kaufmann, verdient ein deutsches Transportunternehmen, und zudem ist die Wirtschaft der verschiedenen Völker so miteinander verwachsen und die Wirtschaftskreise allgemein, daß auch eine solche Ausgabe der deutschen Wirtschaft rückwirkend zugute kommt. Aber Verräter mit

schwerster Schuld beladen sind die, die ihr Geld zurückhalten, genau so wie die, die es ins Ausland verschicken und die einst eine wohlverdiente Strafe treffen möge. Dagegen ist es einseitig, immer auf die zu weisen, die die Riefeneinkommen beziehen, und von der Verabfolgung solcher Einkommen alles Heil zu erwarten. Mögen manche übertrieben hoch sein; wenn die Betroffenen das Geld gleich wieder unter die Leute bringen, mögen sie sich nun eine prunkvolle Villa bauen oder — im Inlande! — eine splendide Kur durchmachen oder das Geld für die Renanlage eines Werks verwenden, so wird es für die Gesamtwirtschaft nicht besonders schädlich sein; jedenfalls stellt eine solche Kürzung nicht das Allheilmittel dar. Sollen alle die, die heute direkt oder indirekt aus solchen hohen Einkommen bezahlt werden, auch noch arbeits- und droilos werden? Sollen die vornehmen Kurorte plötzlich aussterben, die Fluglinien überhaupt keine Fahrpläne mehr haben, die Flugzeugindustrie stillgelegt werden, die Fabriken guter Automarken nicht mehr in der Lage sein, sich zu vervollkommen, die Silberwarenfabriken abzusagen werden, die höhere Forstung keine Förderer mehr finden? Sollen keine Fabriken mehr vergrößert oder neu gebaut werden? Mag man — für die Zukunft — diese Fragen mit „Ja“ beantworten und sich an dem Gefühl der Schadenfreude erbauen und sagen: „Die sollen auch nicht das alles tun dürfen“, für die Gegenwart, insbesondere für den bevorstehenden Winter, würde die obengenannte Maßnahme, allgemein durchgeführt, die Gesamtlage nur verschlimmern. Freilich müssen die Groß- und Kleinverdiener ihr Geld in Umlauf setzen, um es für die Allgemeinheit wirksam werden zu lassen. Ein Verhängnis wäre es, es zurückzuhalten, etwa abzuwarten, bis die Preise gesunken sind. Wenn es alle so machen, wenn alle nur das Allernotwendigste kaufen — was dann? — Es wäre die Katastrophe! Das Versprechen eines Preisabbaues birgt diese furchtbare Gefahr in sich. Ja, wenn die Preise rasch gesunken sind und dann langsam wieder ansteigen, dann wäre dieser Spul gebannt; das Eisenartell will es übrigens so machen mit seinen Preisen und dem Kupfer ist es schon so; der Kupferpreis steigt nach seinem jähen Sturz wieder langsam an. Denken wir an die Inflation; da liegen die Preise, da hielt deshalb auch niemand das Geld zurück, da hatten wir deshalb auch keine Arbeitslosigkeit. (Vor Unheil, das die Inflation im übrigen angerichtet hat, ist hier nicht die Rede.) Darum ist unsere Pflicht: Geld heraus! In die Kaufkäufe damit! Auf die Sparkasse damit! Aber ja nicht in die Socken! Der raschere Umlauf des Geldes hätte auch zur Folge, daß der Steuerertrag des Reiches sich heben würde und neue Steuern unnötig würden. Seht nicht auf andere! Auf uns kommt es an. Geld heraus! Und im Blick auf das Nächstliegende: Macht Weihnachtseinkäufe zeitig und mehr als sonst! Beschleht keine Ausgabebeschränkung in Vereinen und dergl.! Die Arbeitslosen warten. Die Arbeitslosen drohen. Studienassessor.

Ausführungsverordnung zur Bürgersteuer

Stuttgart, 25. Nov. In einer Ausführungsverordnung des Innen- und des Finanzministeriums über die Bürgersteuer wird a. a. bestimmt: Die Gemeinden sind berechtigt eine Bürgersteuer zu erheben. Die Gemeinden, die keine Gemeindebürgersteuer erheben, sind zur Einführung der Bürgersteuer verpflichtet, wenn für das Rechnungsjahr 1930 der Gemeindeumlagebeitrag zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer über den bis zum Ablauf des 1. Januar 1930 beschlossenen Satz erhöht wird. Die Bürgersteuer wird von allen im Gemeindegebiet wohnenden natürlichen Personen erhoben, die am Stichtag (10. Oktober) über 20 Jahre alt sind. Von der Bürgersteuer sind befreit: Personen, die mindestens seit 1 Monat vor dem Stichtag Kriegsunterstützung empfangen, laufend öffentliche Fürsorge genießen oder denen ein Anspruch auf Bekleidung von den persönlichen Steuern zusteht. Der Steuerfuß wird durch Landesgesetz für alle Gemeinden einheitlich festgesetzt (Landesfuß). Dieser Landesfuß muß für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 6000 Mark auf mindestens 6 Mark, mehr als 6000 Mark jedoch nicht mehr als 25 000 Mark auf mindestens 12 Mark, mehr als 25 000 Mark jedoch nicht mehr als 50 000 Mark auf mindestens 50 Mark, mehr als 50 000 Mark, jedoch nicht mehr als 100 000 Mark auf mindestens 100 Mark, mehr als 100 000 Mark jedoch nicht mehr als 200 000 Mark auf mindestens 200 Mark, mehr als 200 000 Mark jedoch nicht mehr als 500 000 Mark auf mindestens 500 Mark, mehr als 500 000 Mark auf mindestens 1000 Mark für das Jahr bestimmt werden. Der Landesfuß ermäßigt sich für Personen, die einkommensteuerfrei sind: auf die Hälfte des Landesfußes, der für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 Mark gilt und für die Ehefrau: auf die Hälfte des Landesfußes, der für den Ehemann gilt. Die Bürgersteuer wird je zur Hälfte am 10. Januar und 10. März des Rechnungsjahres fällig, für das sie erhoben wird. Die Bürgersteuer wird von Steuerpflichtigen, für die eine Steuerkarte auszufertigen ist, auf der Steuerkarte angefordert. Der Arbeitgeber deckt für die von ihm einbehaltenen Beträge. Bei Ehegatten, die nicht dauernd voneinander getrennt leben, wird die Bürgersteuer von beiden Ehegatten zusammen angefordert.

Buntes Allerlei

Ein rechtschaffener Payer

Der Pfarrer von Leonbrunn im Schwäbischen trieb es seinen Gläubigen manchmal zu hart, weshalb sich die Beschwerden beim Konsistorialamt häuften. Als launige Verweise nichts halfen, mußte man ihm verber zu Leibe rücken und Konsistorialrat Fromann erhielt 1759 den Auftrag, dem Unverbesserlichen einen ordentlichen Payer zu erteilen, welcher Aufgabe sich der Herr Konsistorialrat in folgender trefflicher Weise entledigte: „Pfarrer in Leonbrunn! Nun kommt Er auch wieder einmal vor das herzogliche Konsistorium, heillosen Trost, niederlicher Gelell, Laster, habituelles Laster, 26jährig aneinanderhängendes Vaster, Ignoranz von Haus aus, Idiot von jeder, versoffener Japs, Branntweinloß, Bierlägel, Sünden-Cloak! Das ist jetzt das letztmal, wir leben einander nimmer. Bei dem geringsten Erzieh (es darf zwar kein Erzieh, sondern nur ein kleiner Fehler sein) ist Er ohne Gnade kassiert. Er hat zwar diesmal kassiert werden sollen, das hochpreihliche geheime Katskollegium hat aber diesmal noch Gnade vor Recht — versteht Er mich? — vor Recht ergeben lassen, und beschloßen, man soll ihn noch einmal rechtschaffen pagen, was hiemit geschieht.“

Die gefesselte Geliebte in die Flammen geworfen

Eine der furchtbaren Liebestragödien ereignete sich vor einigen Tagen in dem kleinen Flecken Dorell in der Nähe von Trenzlen. Hier hatte der Gastwirt Johann Zwenzel mit seiner Dienstmagd Katharina Kemez Liebesbeziehungen angeknüpft, die dem Gastwirt allmählich lästig geworden waren. Er wollte das Verhältnis lösen und hatte aus diesem Grunde der Magd gelündigt. Diese schwur ihm Rache, und der Gastwirt

hatte wohl Ursache, die Rache zu fürchten. Aus diesem Grunde schritt er zu einer furchtbaren Tat. Vor einigen Tagen brannte plötzlich die Scheune des Wirtes, aus der helle Flammen emporstiegen. Als die Nachbarn schnell zu Hilfe eilten, hörten sie aus den Flammen ein furchtbares Schmerzensgeschrei. Einige tapferer Männer drangen nun in die brennende Scheune ein und fanden hier zu ihrem Entsetzen auf einem brennenden Holzschleiterhaufen die Magd liegen, die an Händen und Füßen gefesselt war. Ihr Dienstherr hatte sie hierhergeschleppt und auf den Scheiterhaufen gelegt, um sie auf diese Weise in den Flammen umtöten zu lassen. Das Mädchen konnte noch lebend, wenn auch schwer verletzt, gerettet werden. Der Gastwirt hatte sich selbst den Hals durchgeschnitten. Es besteht auch die Vermutung, daß die Dienstmagd das Feuer angelegt habe und dann von ihrem Herrn gefesselt und in die Flammen geworfen worden sei. Einzuweilen ist das schreckliche Opfer dieses Brandes noch nicht vernehmungsfähig, so daß endgültige Einzelheiten über den Vorgang dieser Liebestragödie noch nicht festgestellt werden konnten. Man hofft aber, die Schwereverlechte am Leben zu erhalten.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 25. Nov. Weizen märk. 260 bis 271, Roggen märk. 147-149, Braugerste 192-214, Futtergerste 173-180, Hafer märk. 138-147, Weizenmehl 29-37,25 Roggenmehl 22,50-29,75, Weizenkleie 8,50-9, Roggenkleie 8,25 bis 8,75, Viktoriaerbsen 25-31, kleine Speiserbsen 24-26, Futtererbsen 19-21. Allgemeine Tendenz: matter.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 25. Nov. Zutrieb: 22 Ochsen, 23 Bullen, 287 Junabullen, 383 Jungrinder, 311 Kühe, 1268 Kälber, 1727 Schafe, 2 Schafe, 2 Ziegen. Ueberkauft: 47 Junabullen, 43 Jungrinder, 100 Kälber, 104 Ochsen; ausgem. 50-54 (unv.), vollfl. 45-48 (unv.). Bullen: ausgem. 45-47 (46-48), vollfl. 42-44 (unv.). Jungrinder: ausgem. 53-55 (54-56), vollfl. 47-51 (48 bis 52), fl. 43-45 (44-46). Kühe: ausgem. 38-44 (unv.), vollfl. 30-36 (unv.), fl. 22 bis 28 (unv.), ger. 17-21 (unv.). Kälber: feinste Rast- und beste Saugl. 64-68 (68-72), mittl. 66-62 (60-66), ger. 48-54 (50-57). Schweine: über 300 Pfd. 64-65 (62-63), von 240-300 Pfd. 65-66 (62-64), von 200-240 Pfd. 64-65 (62-63), von 160-200 Pfd. 63-64 (60-61), von 120-160 und unter 120 Pfd. 61-63 (58-60), Saugen 45-53 (46-51). — Verkauf: Großvieh rubia, Ueberstand. Kälber schleppend, Ueberstand; Schweine mäßig belebt.

Münchener Schlachtviehmarkt vom 25. Nov. Zutrieb: 2 Ochsen, 18 Kühe, 43 Rinder, 23 Färren, 19 Kälber, 302 Schweine. Preise: Ochsen 51-54, Färren 49-51, Kühe 22-43, Rinder 45 bis 57, Kälber 62-74, Schweine 64-66, Marktverkauf: rubia

Schweinepreise. Halle: Milchschweine 16-29 M. — Göttingen: Milchschweine 23-27, Fäulen 45-55 M. — Hall: Fäulen 35-40, Milchschweine 20-32 M. — Kieddingen: Milchschweine 18-30, Fäulen 37, Mutterfäulen 160-175 M. — Schweningen: Milchschweine 22 M. — Weisheim: Milchschweine 18-30 Mark.

Uffenheim, 26. November. (Marktbericht.) Dem gefrigen Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 41 Paar Ochsen, Preis pro Paar 1150-1350 M., 6 Kalbinnen, Preis pro Stück 400-600 M., 11 Kühe, Preis pro Stück 350-550 M., 34 Stück Jungvieh, Preis pro Stück 280-400 M., 40 Lämmer, Preis pro Stück 40-65 M., 187 Paar Milchschweine, Preis pro Paar 40-60 M. Beim Viehmarkt war das Angebot größer als die Nachfrage, beim Schweinemarkt Handel lebhaft. Der Krämermarkt war von den Händlern gut besucht.

Rundfunk

Donnerstag, 27. Nov.: 6.15 Uhr Morgensymphonie, von 10 bis 12.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15 Uhr Stunde der Jugend, 16 Uhr Konzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Vorträge: Schwäbische Sitten und Bräuche am Martinsstag und am Nikolausstag, 18.55 Uhr Vorträge: Die geographischen Grundlagen des Saarproblems, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Französischer Sprachunterricht, 11 Uhr Konzert, 20 Uhr Triester Domabend, 21 Uhr Schwäb. Kompositionen, 22.30 Uhr Nachrichten, 22.45 Uhr Konzert.

Freitag, 28. Nov.: 6.15 Uhr Morgensymphonie, von 10 bis 12.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15.30 Uhr Vorträge: Luise Otis-Peters, eine Gestalt der deutschen Frauenbewegung, 16 Uhr Konzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter- und Schneebericht, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Vorträge: Die internationale Caritasbewegung, 18.20 Uhr Eine Viertelstunde Deutsch, 18.35 Uhr Herbernottrug: Chauffieren und Alkohol, 19 Uhr Zeit, Ueberblick über die Hauptveranstaltungen in Esperanto, 19.05 Uhr Pädagogischer Vorträge: Schulwesen, 19.30 Uhr Die Zauberküste von Kogart, 22.30 Uhr Nachrichten, Sportbericht, 23 Uhr Konzert.

Büchertisch

Westermanns Monatshefte. Das nun vorliegende Dezemberheft von Westermanns Monatsheften ist wieder von großer Reichhaltigkeit. Heute möchten wir zunächst einige Gebiete hervorheben, die bei den letzten Besprechungen etwas in den Hintergrund getreten sind. Unter dem Sammelnamen „Der Regenbogen“ bringen Westermanns Monatshefte in jeder Nummer eine Uebersicht über die moderne Kunst, ohne daß damit gesagt sein soll, daß wertvolle ältere Kunst in diesen Abhandlungen zu kurz kommt. Die „Dramatische Rundschau“ interessiert besonders die fleißigen Theaterbesucher. Die „Literarische Rundschau“ wird dem Bücherläufer, der sich in diesen Wochen klar darüber werden will, was er sich zu Weihnachten kaufen oder wünschen soll, ein sicherer Berater in der guten Literatur sein. Das Dezemberheft hat natürlich wie jedes Jahr die besondere Note des Weihnachtseftes. In der Familie wird das Weihnachtseft, das dem Dritte beigegeben ist und dem Notizen beigelegt sind, große Freude bereiten. Es wird sicher gerne an dem frohen Feste gelungen werden. An Erzählungen bieten die Dichter Roland Reich, Wilh. von Scholz und Ernst Jahn wieder recht Wertvolles. Wie wir hören, hat der Verlag die ersten vier Hefte des Jubiläumsjahrgangs von Westermanns Monatsheften zu einer entzückenden Weihnachtspackung zusammengestellt.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Uffenheim für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kunk